

# Verfahren für den „einfachen“ und „allgemeinen Bürgerzugang“

Das Dokument wurde vom Verwaltungsrat am 28. April 2017 genehmigt.

Letzte Aktualisierung: 27. Juli 2023

## INHALTSÜBERSICHT

<b>Art. 1. Einleitung zum Verfahren .....</b>	<b>2</b>
<b>Art. 2. Definitionen .....</b>	<b>2</b>
<b>Art 3. Vorbemerkungen und Rechtsrahmen .....</b>	<b>2</b>
<b>Art 4. Hinweise für die Vorlage der Anträge auf Bürgerzugang und Ablauf der Fristen</b>	<b>3</b>
<b>Art 5. Zugangsvoraussetzungen auf „einfachen“ Bürgerzugang .....</b>	<b>4</b>
<b>Art 6. Anwendungsbereich auf „allgemeinen“ Bürgerzugang.....</b>	<b>5</b>
<b>Art 7. Zugangsvoraussetzungen auf „allgemeinen“ Bürgerzugang .....</b>	<b>6</b>

### Art. 1. Einleitung zum Verfahren

Das vorliegende Dokument beschreibt die operativen Durchführungsmodalitäten in Bezug auf die Bestimmungen im Bereich des Bürgerzugangs laut GvD vom 14. März 2013, Nr. 33 und laut Art. 10 des Regionalgesetzes vom 29. Oktober 2014.

Die nationale Antikorruptionsbehörde (ANAC) hat mit Beschluss Nr. 1309 vom 28. Dezember 2016 eigene Leitlinien mit operativen Anweisungen des Bürgerzugangs laut Art. 5 Abs. 2 des GvD Nr. 33/2013 (Beschluss der ANAC Nr. 1309/2016) eingeführt. Auf diese Richtlinien wurde bei der Erarbeitung des vorliegenden Dokuments Bezug genommen.

### Art. 2. Definitionen

Nachstehend sind folgende Definitionen angeführt:

Der „**einfache Bürgerzugang**“ ist der Zugang laut Art. 5, Abs. 1 des GvD vom 14. März 2013, Nr. 33. Der Antrag auf Bürgerzugang ermöglicht nur den Zugang zu Daten, Informationen und Unterlagen, für die spezifische Veröffentlichungspflichten gelten. Dieser Antrag stellt daher einen Rechtsbehelf dar, um bei Nichtbeachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Veröffentlichungspflichten Zugang zu diesen Dokumenten, Akten, Informationen zu haben.

Der „**allgemeine Bürgerzugang**“ ist der Zugang laut Art. 5, Abs. 2 des GvD vom 14. März 2013, Nr. 33, der vom Art. 1, Abs. 1, Buchst. a) des Regionalgesetzes vom 29. Oktober 2014, Nr. 10 übernommen wurde. Der Antrag auf Bürgerzugang ermöglicht allen den Zugang zu administrativen Dokumenten [...] der Verwaltung, zusätzlich zu jenen welche gemäß Art. 5, Abs. 1 des GvD vom 14. März 2013, Nr. 33 veröffentlicht werden müssen (Rundschreiben der Autonomen Region Trentino/Südtirol Prot. Nr. 273/P vom 9. Jänner 2017), unter Beachtung des Schutzes der privaten/öffentlich rechtlich relevanten Interessen. Dieses Recht auf Zugang erfordert keiner Begründung.

### Art 3. Vorbemerkungen und Rechtsrahmen

Die Pensplan Centrum AG (nachstehend auch als „Gesellschaft“ oder „Pensplan Centrum“) ist eine Aktiengesellschaft, die im Sinne des Regionalgesetzes 3 vom 27. Februar 1997 (nachstehend auch als „Regionalgesetz“ „Maßnahmen im Bereich der Ergänzungsvorsorge in Zusammenhang mit den Rentenfonds auf regionaler Ebene“) gegründet wurde, deren Gesellschaftskapital vollständig von der Autonomen Region Trentino/Südtirol und den beiden autonomen Provinzen Bozen und Trient gehalten wird. Pensplan Centrum unterliegt somit der Leitungs- und Koordinierungstätigkeit der Autonomen Region Trentino/Südtirol und ist eine „*In-House-Gesellschaft*“ der Region und der Autonomen Provinzen Bozen und Trient.

In Bezug auf den Bürgerzugang findet insbesondere das Regionalgesetz Nr. 10 vom 29. Oktober 2014 (RG 10/2014) Anwendung, das mit Regionalgesetz vom 15. Dezember 2016, Nr. 16 (RG 16/2016 ) an die

Neuheiten im Bereich Bekanntmachung, Transparenz und Verbreitung von Informationen des gesetzvertretende Dekret vom 25. Mai 2016, Nr. 97 angepasst wurde und das gesetzvertretende Dekret Nr. 33 vom 14. März 2013 - (GvD 33/2013) umsetzt.

Das novellierte RG 10/2014 verweist größtenteils auf die Bestimmungen, des gesetzvertretenden Dekrets 33/2013 und die Abänderungen des gesetzvertretenden Dekrets vom 25. Mai 2016, Nr. 97. Allerdings wurden aufgrund der spezifischen Besonderheit der in den Anwendungsbereich des Regionalgesetzes fallenden Körperschaften sowie deren unterschiedlichen Tätigkeitsbereiche und demnach der betreffenden Daten und Informationen, einige Bestimmungen nicht angewandt bzw. genauer definiert.

Insbesondere, was das Recht auf Bürgerzugang betrifft, sieht Art. 1, Abs. 1, Buchst. a) des RG den sogenannten „allgemeinen Bürgerzugang“ nur für Dokumente (nicht aber für Daten und Informationen) zusätzlich zu jenen welche gemäß Dekret Nr. 33/2013, Nr. 5, Abs. 1 veröffentlicht werden müssen („einfacher Bürgerzugang“) vor, um eine effiziente und rationale Abwicklung der Verwaltungstätigkeit vor allem in kleineren Körperschaften, die das Regionalgebiet charakterisieren, aufrechterhalten zu können.

#### **Art 4. Hinweise für die Vorlage der Anträge auf Bürgerzugang: Ablauf der Fristen**

##### Bestimmungen zur Ausübung des Bürgerzuges

Die Anfrage kann mittels einer der folgenden Möglichkeiten gestellt werden:

- a) einfache E-Mail an [respanticorruzione@pensplan.com](mailto:respanticorruzione@pensplan.com), mit Angabe “Antrag auf einfachen Bürgerzugang” oder “Antrag auf allgemeinen Bürgerzugang”;
- b) zertifizierte E-Mail (Pec) an [anticorruzione.trasparenza@pec.pensplan.com](mailto:anticorruzione.trasparenza@pec.pensplan.com), mit Angabe “Antrag auf einfachen Bürgerzugang” oder “Antrag auf allgemeinen Bürgerzugang”;
- c) per Post an die Adresse: Raingasse 26 - 39100 Bozen, mit Angabe “Antrag auf einfachen Bürgerzugang” oder “Antrag auf allgemeinen Bürgerzugang”;
- d) durch Abgabe bei dem Büro von Pensplan Centrum in der Raingasse 26 - 39100 Bozen, mit Angabe auf dem Brief “Antrag auf einfachen Bürgerzugang” oder “Antrag auf allgemeinen Bürgerzugang”;

Die Anfrage muss an den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz verschickt oder im Falle einer Verspätung bzw. Ausbleiben einer Antwort an den Inhaber der Ersatzbefugnis, der Präsidentin des Verwaltungsrats der Pensplan Centrum AG, Dr. Johanna Vaja, eingereicht werden.

Falls der Antrag telematisch übermittelt (Option a) und b)) wird, muss mindestens **eine** der folgenden

Bedingungen erfüllt<sup>1</sup> sein. Die Anträge sind gültig sofern:

- sie digital oder mit qualifizierter elektronischer Unterschrift unterzeichnet sind;
- sie handschriftlich unterzeichnet sind und mit einer Ablichtung des Erkennungsausweises eingereicht werden;
- sie mittels PEC übermittelt werden und digital oder mit qualifizierter elektronischer Unterschrift oder handschriftlich unterzeichnet sind.

Falls der Antrag per Post übermittelt oder direkt bei der angegebenen Adresse abgegeben (Option c) und d)) wird, muss der Antrag unterzeichnet und mit einer Kopie des gültigen Personalausweises des Unterfertigten eingereicht werden.

#### Beginn der Fristen

Die Fristen des Verfahrens beginnen:

- in Bezug auf Punkt a) ab dem Datum des Erhalts der E-Mail der antragstellenden Person;
- in Bezug auf Punkt b) ab dem Datum der Zustellungsbestätigung des Absenders;
- in Bezug auf Punkt c) und d) ab dem Tag der Empfangsbestätigung und der Protokollierung.

#### **Art 5. Zugangsvoraussetzungen auf „einfachen“ Bürgerzugang**

Zur Einreichung des Antrags ist die Anlage Vordruck Antrag auf „Einfachen“ Bürgerzugang zu verwenden. Im Antrag müssen deutlich die Dokumente angegeben werden, die nicht veröffentlicht wurden.

Die Anfrage muss an den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz gemäß Modalitäten des Artikels 4 verschickt werden.

Nach Empfang des Antrags registriert der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz die Anfrage im Zugangsverzeichnis. In diesem sind sowohl die Auflistung der Anträge mit Angabe des Gegenstandes und des Datums als auch das entsprechende Ergebnis des Verfahrens mit dem Entscheidungsdatum enthalten. Das Zugangsverzeichnis wird unter der Sektion „sonstige Inhalte – Bürgerzugang“ auf der Internetseite von Pensplan Centrum veröffentlicht. Mögliche personalbezogene Daten werden nicht veröffentlicht. Das Zugangsverzeichnis wird mindestens alle sechs Monate aktualisiert (gemäß Beschluss der ANAC Nr. 1309/2016, Seite 26).

#### Modalitäten des Verfahrens:

---

<sup>1</sup>Gem. Abs. 3 des Art. 5 del GvD. n. 33/2013 kann der Antrag telematisch übertragen werden laut den im GvD. n. 82/2005 festgelegten Modalitäten in Bezug auf den «Kodex der digitalen Verwaltung»

- Der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz bewertet, ob der Antrag sich auf die Veröffentlichung von Dokumenten und obligatorischen Daten gemäß GvD Nr. 33/2013, des RG Nr. 10/2014 und/oder andere Rechtsvorschriften des Sektors bezieht.
- Falls der Antrag sich als unbegründet erweist, teilt er der antragstellenden Person dies innerhalb 30 Tage mit;
- Falls sich der Antrag als begründet erweist, leitet der/die Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz, den Anpassungs- und Veröffentlichungsantrag an den/die zuständige/n Verantwortliche/n des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes, der/die im Besitz der Daten, Informationen und Unterlagen ist, innerhalb von 10 Tage ab Erhalt des Antrags weiter.
- Der/die Verantwortliche des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes veröffentlicht daraufhin spätestens innerhalb von 20 Tagen die angefragten Anpassungen und unterrichtet den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz von der erfolgten Veröffentlichung;
- Der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz teilt dem/der Antragsteller/in die erfolgte Veröffentlichung Daten/Informationen/Dokumente mit Angabe des Links mittels zertifizierter elektronischer Post oder mit anderen Kommunikationskanälen, die im Antrag vorgesehen sind, binnen **30 Tagen** gemäß Art. 5, Abs. 6 des GvD Nr. 33/2013 ab Erhalt des Antrags mit.
- Im Falle einer Nichterfüllung der Verpflichtung seitens des/der Verantwortlichen des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes innerhalb der festgelegten Fristen, schreitet der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz ein, um die Veröffentlichung der angeforderten Daten sicherzustellen. Des Weiteren entscheidet er ggf. ein Disziplinarverfahren gegen die/den Abteilungsleiter/in, welcher/m die Nichteinhaltung anzulasten ist, einzuleiten.

#### **Art 6. Anwendungsbereich auf „allgemeinen“ Bürgerzugang**

Der allgemeine Bürgerzugang ist gemäß Art 1, Absatz 1 Buchstabe a) des RG 10/2014 Nr. für die im Art 2 angegebenen Dokumente anwendbar.

Es wird darauf hingewiesen, dass das Gesetzesvertretende Dekret 33/2013 vorsieht, dass im Antrag zum Bürgerzugang die angeforderten Dokumente detailliert aufzulisten sind und keiner Begründung erfordern. Allgemeine Anfragen, um herauszufinden über welche Informationen die Gesellschaft **verfügt, können also nicht angenommen werden**. Die Anfragen können also nicht allgemeiner Natur sein, sondern müssen es ermöglichen, ein Dokument zu bestimmen, wenigstens was den Gegenstand betrifft.

In Fällen, in denen die Anfrage für Bürgerzugang eine unzumutbare Anzahl von Dokumenten enthält und somit den Arbeitsaufwand wesentlich erhöhen und damit die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft beeinträchtigen würde, kann dieselbe abwägen dem Interesse des öffentlichen Zugangs zu Dokumenten mit dem damit

verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand auf der einen Seite oder dem Interesse einer gut funktionierenden Gesellschaft auf der anderen Seite Vorrang zu geben (cfr. CGUE, Tribunale Prima Sezione ampliata 13 aprile 2005 causa T 2/03).

Dadurch, dass der Antrag auf allgemeinen Bürgerzugang **nur vorhandene Dokumente** betrifft, ist die Gesellschaft nicht verpflichtet im Hinblick auf den Antrag Informationen zu sammeln, zusammenzuführen oder Daten, welche noch nicht in ihrem Besitz sind, einzuholen. Die Gesellschaft ist deshalb nicht verpflichtet Daten im Hinblick auf den allgemeinen Bürgerzugang aufzuarbeiten, sondern muss nur den Zugang zu Dokumenten ermöglichen, welche die angefragten Informationen bereits enthalten und die im Besitz der Gesellschaft sind und von ihr verwaltet werden.

#### **Art 7. Zugangsvoraussetzungen auf „allgemeinen“ Bürgerzugang**

Zur Einreichung des Antrags ist die Anlage Vordruck Antrag auf „Allgemeinen“ Bürgerzugang zu verwenden. Im Antrag muss/müssen das Dokument/die Dokumente angegeben werden, die der/die Antragsteller/in zu erhalten wünscht.

Die Anfrage muss an den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz gemäß Modalitäten des Artikels 4 verschickt werden.

Nach Empfang des Antrags registriert der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz den Antrag im Zugangsverzeichnis. Im Verzeichnis sind sowohl die Auflistung der Anträge mit Angabe des Gegenstandes und Datums als auch das entsprechende Ergebnis des Verfahrens mit dem Entscheidungsdatum enthalten. Das Zugangsverzeichnis wird unter der Sektion „sonstige Inhalte – Bürgerzugang“ auf der Internetseite von Pensplan Centrum veröffentlicht. Mögliche personalbezogene Daten werden nicht veröffentlicht. Das Zugangsverzeichnis wird mindestens alle sechs Monate aktualisiert (gemäß Beschluss der ANAC Nr. 1309/2016, Seite 26).

#### Modalitäten des Verfahrens:

- Der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz leitet den Antrag an den/die zuständige/n Verantwortliche/n des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes innerhalb von 3 Tagen ab Erhalt des Antrags weiter.
- **Sofern der/die Verantwortliche des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes feststellt, dass vom Antrag keine weitere Gegenpartei betroffen ist:**
  - bewertet er/sie den Antrag innerhalb von 10 Tagen ab Erhalt des Antrags und unterrichtet den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz über das Ergebnis;
  - der/die Verantwortliche/n für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz übermittelt innerhalb von

max. 30 Tagen gem. Art 4.:

- im Falle einer Ablehnung der Anfrage dem/der Verantwortliche/n des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes und dem/der Antragsteller/in die Entscheidung mit Begründung in Bezug auf die Ablehnung, Aussetzung oder nur teilweisen Anerkennung des Antrags;
  - Im Falle einer positiven Genehmigung der Anfrage übermittelt er/sie dem/der Verantwortliche/n des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes und dem/der Antragsteller/in innerhalb von max.30 Tagen ab Einreichtermin unter Beachtung der darin angegebenen Modalitäten die Genehmigung und die angeforderten Dokumente.
- **Sofern der/die Verantwortliche des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes feststellt, dass vom Antrag weitere Gegenparteien betroffen sind:**
    - unterrichtet diese/r innerhalb von 10 Tagen ab Erhalt des Antrags, in Abstimmung mit dem Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz die Gegenparteien von der Anfrage mittels Zusendung der Kopie des Antrages per Einschreiben mit Rückantwort oder auf telematischen Weg. Diese Mitteilung unterbricht die Fristen für den Abschluss des Verfahrens (30 Tage ab Einreichung des Antrags) bis:
      - zum Erhalt von Pensplan Centrum eines möglichen Einspruchs vonseiten der Gegenpartei oder,
      - bei Fehlen eines fristgerechten Einspruchs, max. 10 Tagen ab Erhalt der Mitteilung vonseiten der Gegenpartei, welche von Pensplan Centrum zugeschickt worden ist.
    - Die Gegenpartei kann Einspruch mit Begründung auch auf telematischen Weg erheben, sofern dies innerhalb von 10 Tagen ab Erhalt der Mitteilung vonseiten der/des Verantwortlichen des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes erfolgt.
    - a) Bei Fehlen eines Einspruchs nach der Frist von 10 Tagen und nach Überprüfung des Erhalts der von Pensplan Centrum versandten Mitteilung vonseiten der Gegenpartei, bewertet der/die Verantwortliche des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes den Antrag und unterrichtet die/den Verantwortliche/n für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz über das Ergebnis.
    - Die/der Verantwortliche des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes übermittelt innerhalb von max. 30 Tagen (unter Berücksichtigung des Zeitraums, in welchem das Verfahren ausgesetzt war):
      - Im Falle einer Ablehnung der Anfrage der/dem Verantwortlichen für die Vorbeugung der

Korruption und Transparenz und dem/der Antragsteller/in die Entscheidung mit Begründung in Bezug auf die Ablehnung, Aussetzung oder nur teilweisen Anerkennung des Antrags;

- Im Falle einer positiven Genehmigung der Anfrage der/dem Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz und dem/der Antragsteller/in innerhalb von max. 30 Tagen ab Einreichtermin unter Beachtung der darin angegebenen Modalitäten die Genehmigung und die angeforderten Dokumente.

b) Im Falle eines Einspruchs vonseiten der Gegenpartei, bewertet die/der Verantwortliche des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes den Antrag innerhalb der vom Gesetz vorgegebenen Fristen und unterrichtet die/den Verantwortliche/n für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz über das Ergebnis.

Die/der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz kann innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt des Antrags (unter Mitberücksichtigung des Zeitraums, in welchem das Verfahren ausgesetzt war):

- dem Einspruch gegen den Zugangsantrag stattgeben und der/dem Verantwortlichen des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes, dem Antragsteller, der/den Gegenpartei/en die Entscheidung mit Begründung in Bezug auf die Ablehnung, Aussetzung oder nur teilweisen Anerkennung des Antrags mitteilen;
- trotz des Einspruchs der Gegenpartei/en den Antrag auf Zugang genehmigen. In diesem Fall muss er die Gegenparteien darüber unterrichten und bereits im Voraus die/den Verantwortliche/n des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes. Er/sie übermittelt der/dem Verantwortlichen des Hauptbereichs/Bereichs/Dienstes und dem Antragsteller die Genehmigung und das/die angeforderte Dokument/e nach Ablauf der 15 Tage-Frist ab Erhalt der Mitteilung von Seiten der Gegenpartei/en in Übereinstimmung mit den administrativen und/oder gerichtlichen Schutzrechten der interessierten Parteien (um dieser/n die Möglichkeit zu geben, einen eventuellen Antrag auf Neuüberprüfung oder Rekurs vor dem Verwaltungsgericht einzureichen) mittels der im Antrag angegebenen Modalitäten.

Die Ablehnung, der Aufschub und die Einschränkung des Bürgerzugangs müssen unter Berücksichtigung der in Artikel 5-bis des GvD Nr. 33/2013 festgelegten Fälle und Grenzen begründet werden (Siehe Artikel 9 – Die Begründung der Ablehnung und der Annahme des Antrags auf Bürgerzugang).

#### Neuüberprüfung

Im Falle einer vollständigen oder teilweisen Ablehnung des Zugangs oder bei Ausbleiben der Antwort

innerhalb von dreißig Tagen, kann der/die Antragstellerin einen Antrag um eine erneute Überprüfung an den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz stellen; dieser entscheidet diesbezüglich mit Begründung innerhalb einer Frist von zwanzig Tagen. (Art. 5, Abs. 7, GvD Nr. 33/2013).

Falls der Zugang zum Schutze der Interessen gemäß Art. 5-bis, Abs. 2, Buchst. a), verweigert oder aufgeschoben wird, trifft der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz - nach Anhörung des Datenschutzbeauftragten (DSB) und der Datenschutzbehörde, die sich innerhalb 10 Tage ab dem Antrag sich diesbezüglich äußert - eine Entscheidung. Mit der Übermittlung der Anfrage an die Datenschutzbehörde wird die Entscheidungsfrist des Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz in der Erwartung des Gutachtens von Seiten der Datenschutzbehörde und jedenfalls für einen Zeitraum von höchstens 10 Tagen ausgesetzt.

Gegen die Entscheidung der/des Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz, kann der/die Antragsteller/in Berufungsrekurs vor dem Regionalverwaltungsgericht gemäß Art. 116 der Verwaltungsprozessordnung laut das nachstehende Dekret Nr. 104 vom 02. Juli 2010 (Art. 5, Abs. 7 des GvD Nr. 33/2013) einbringen.

Im Falle der Annahme des Antrags zum Bürgerzugang, kann auch die Gegenpartei eine Überprüfung gemäß Art. 5, Abs. 7 des GvD Nr. 33/2013 beantragen. Gegen die Entscheidung der/s Abteilungsleiterin/Abteilungsleiters kann die Gegenpartei Berufungsrekurs vor dem Regionalverwaltungsgericht gemäß Art. 116 der Verwaltungsprozessordnung laut das nachstehende Dekret Nr. 104 vom 02. Juli 2010 (Art. 5, Abs. 9 des GvD Nr. 33/2013) einbringen.

#### Meldepflicht von Seiten des Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz

Je nach Schwere der Nichterfüllungen, meldet der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz gemäß Art. 43, Abs. 5 des GvD Nr. 33/2013 die gänzliche oder teilweise Nichteinhaltung der Veröffentlichungspflicht gemäß den geltenden Bestimmungen allen zuständigen Organen, die vom Verhaltenskodex bestimmt werden, um eventuell das entsprechende Disziplinarverfahren einzuleiten. Der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz meldet sowohl dem Verwaltungsrat als auch der Aufsichtsbehörde die Nichterfüllungen, um mögliche weitere Verfahren einzuleiten. Die Ausstellung der Dokumentation in elektronischer Form oder in Papierform ist kostenlos, jedoch vorbehaltlich der Rückerstattung der tatsächlichen und nachweislichen Kopierkosten. Der Verantwortliche für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz übt zudem auch die Überwachungstätigkeit aus. Er kann auch von den einzelnen Abteilungen Informationen zu den Anträgen verlangen.

Im Anhang dieses Verfahrens sind die Ausnahmen und Einschränkungen für die Anträge auf „allgemeinen“ Bürgerzugang gemäß Beschluss der ANAC Nr. 1309/2016 und die richtige Verarbeitung der Begründung bei

eventueller Weigerung/Aufnahme des Antrags zum „allgemeinen“ Bürgerzugang im Folgenden zusammengefasst.

## Anlage: Auszug aus dem Beschluss von ANAC 1309/2016 in Bezug auf die Ausnahmen, welche für den allgemeinen Bürgerzugang gelten

### ECCEZIONI E LIMITI ALL'ACCESSO CIVICO GENERALIZZATO

La regola della generale accessibilità è temperata dalla previsione di eccezioni poste a tutela di interessi pubblici e privati che possono subire un pregiudizio dalla diffusione generalizzata di talune informazioni. Al ricorrere di queste eccezioni, la Società deve o può rifiutare l'accesso generalizzato.

- **Eccezioni assolute**

L'accesso civico generalizzato è escluso nei casi indicati dall'art. 5-*bis*, comma 3, del D.Lgs. 33/2013, cioè quei casi in cui una **norma di legge dispone la non ostensibilità** ovvero la consente secondo particolari condizioni, modalità e/o limiti.

Dette esclusioni ricorrono in caso di:

- a)** segreto di Stato<sup>2</sup> (Legge 3 agosto 2007, n. 124);
- b)** negli altri casi di divieto di accesso o divulgazione previsti dalla legge, ivi compresi i casi in cui l'accesso è subordinato dalla disciplina vigente al rispetto di specifiche modalità o limiti, inclusi quelli di cui all'art. 24, comma 1, Legge 7 agosto 1990, n. 241.

Con riferimento alla previsione di cui alla lettera **b)**, nel rinviare alle singole disposizioni normative, si indicano a titolo esemplificativo: il segreto scientifico e il segreto industriale (art. 623 c.p.), violazione, sottrazione e soppressione di corrispondenza (art. 616 ss. c.p.), rivelazione di segreto professionale (art. 622 c.p. e 200 c.p.p.), i pareri legali che attengono il diritto di difesa, i divieti di divulgazione connessi al segreto d'ufficio.

Salvo che non sia possibile un accesso parziale, con oscuramento dei dati, alcuni divieti di divulgazione sono previsti dalla normativa vigente in materia di tutela della riservatezza con riferimento a:

- dati idonei a rivelare lo stato di salute, ossia a qualsiasi informazione da cui si possa desumere, anche indirettamente, lo stato di malattia o l'esistenza di patologie dei soggetti interessati, compreso qualsiasi riferimento alle condizioni di invalidità, disabilità o handicap fisici e/o psichici (art. 22, comma 8, D. Lgs. 30 giugno 2003, n. 196 e, dalla sua entrata in vigore, Regolamento UE 2016/679; art. 7-*bis*, comma 6, D.Lgs. 33/2013).
- dati idonei a rivelare la vita sessuale (art. 7-*bis*, comma 6, D.Lgs. 33/2013).
- dati identificativi di persone fisiche beneficiarie di aiuti economici da cui è possibile ricavare informazioni

---

<sup>2</sup> Il Segreto di Stato è finalizzato alla salvaguardia di supremi e imprescindibili interessi dello Stato, quali l'integrità della Repubblica, la difesa delle Istituzioni, l'indipendenza dello Stato, la preparazione e la difesa militare dello Stato.

relative allo stato di salute ovvero alla situazione di disagio economico-sociale degli interessati (limite alla pubblicazione previsto dall'art. 7, comma 5-*bis*, Legge Regionale 13 dicembre 2012, n. 8)

Resta, in ogni caso, ferma la possibilità che i dati personali per i quali sia stato negato l'accesso generalizzato possano essere resi ostensibili al soggetto che abbia comunque motivato nell'istanza l'esistenza di «un interesse diretto, concreto e attuale, corrispondente ad una situazione giuridicamente tutelata e collegata al documento al quale è chiesto l'accesso», trasformando di fatto, con riferimento alla conoscenza dei dati personali, l'istanza di accesso generalizzato in un'istanza di accesso ai sensi della Legge 7 agosto 1990, n. 241 e della Legge Regionale 31 luglio 1993, n. 13 e del relativo Regolamento di esecuzione (D.P.Reg. T.A.A. 16 novembre 2004, n. 7/L).

Il diritto di accesso ai propri dati personali rimane, invece, regolato dalla normativa tempo per tempo vigente in materia di tutela dei dati personali, inclusi i limiti di conoscibilità espressamente previsti anche nei confronti dell'interessato medesimo.

A mero fine di completezza, per quanto qui interessa e nei limiti di applicabilità a Pensplan, si evidenzia quanto segue.

Come sopra indicato, il comma 3 dell'art. 5-*bis* D.Lgs. 33/2013 prevede nei casi di esclusione dell'accesso civico generalizzato anche quelli in cui l'accesso è subordinato dalla “*disciplina vigente al rispetto di specifiche condizioni, modalità o limiti, inclusi quelli di cui all'art. 24 c. 1 della legge 241/1990*”. Si tratta, nella maggior parte, di ipotesi in cui l'accesso non è escluso assolutamente, ma è subordinato a condizioni particolari o al possibile uso del potere di differimento da parte delle p.a./società. Per ogni approfondimento in merito ai predetti casi si rinvia alle indicazioni contenute nella Delibera ANAC n. 1309/2016, che si intendono qui integralmente richiamate.

- **Limiti (eccezioni relative e qualificate) a tutela di interessi pubblici e privati**

Al di fuori dei casi sopra indicati, possono ricorrere, invece, limiti (eccezioni relative o qualificate) posti a tutela di interessi pubblici e privati di particolare rilievo giuridico elencati dall'art. 5-*bis*, commi 1 e 2, del D.Lgs. 33/2013.

In via preliminare si segnala che il legislatore, diversamente dalle eccezioni assolute in cui opera una generale e preventiva individuazione di esclusioni all'accesso civico generalizzato, per i limiti rinvia a una **attività valutativa** che deve essere effettuata dalle Società con la tecnica del bilanciamento, caso per caso, tra l'interesse pubblico alla *disclosure* generalizzata e la tutela di altrettanti validi interessi considerati dall'ordinamento. La Società è tenuta a verificare, una volta accertata l'assenza di eccezioni assolute, se l'ostensione degli atti possa determinare un **pregiudizio concreto e probabile** agli interessi indicati dal legislatore.

Affinché **l'accesso possa essere rifiutato**, il pregiudizio agli interessi considerati dai commi 1 e 2 deve

essere concreto e quindi deve **sussistere un preciso nesso di causalità tra l'accesso e il pregiudizio.**

La Società non può limitarsi a prefigurare il rischio di un pregiudizio in via generica e astratta, ma dovrà:

- a) indicare chiaramente quale - tra gli interessi elencati all'art. 5-*bis*, co. 1 e 2 del D.Lgs. 33/2013 - viene pregiudicato;
- b) valutare se il pregiudizio (concreto) prefigurato dipende direttamente dalla *disclosure* dell'informazione richiesta;
- c) valutare se il pregiudizio conseguente alla *disclosure* è un evento probabile, e non soltanto possibile.

Detta valutazione, proprio perché relativa alla identificazione di un pregiudizio in concreto, non può essere compiuta che con riferimento al **contesto temporale in cui viene formulata** la domanda di accesso: il pregiudizio concreto, va valutato rispetto al momento ed al contesto in cui l'informazione viene resa accessibile.

Tale processo logico è confermato dalle previsioni dei commi 4 e 5 dell'art. 5-*bis* del D.Lgs. 33/2013:

- il diniego dell'accesso non è giustificato, se ai fini della protezione di tale interesse è sufficiente il **differimento** dello stesso per la tutela degli interessi considerati dalla norma (art. 5-*bis*, comma 5).
- La Società dovrà consentire l'accesso parziale utilizzando, se del caso, la tecnica dell'**oscuramento** di alcuni dati, qualora la protezione dell'interesse sotteso alla eccezione sia invece assicurato dal diniego di accesso di una parte soltanto di esso. In questo caso, la Società è tenuta a consentire l'accesso alle parti restanti (art. 5-*bis*, comma 4, secondo alinea).

**La Società è tenuta quindi a privilegiare la scelta che**, pur non oltrepassando i limiti di ciò che può essere ragionevolmente richiesto, **sia la più favorevole al diritto di accesso** del richiedente.

#### **Limiti al diritto di accesso generalizzato derivanti dalla tutela di interessi pubblici**

La disciplina dell'accesso civico generalizzato prevede la possibilità di rigettare l'istanza qualora il diniego sia necessario per evitare un pregiudizio concreto alla tutela di uno degli interessi pubblici elencati nell'art. 5-*bis*, comma 1 del D.Lgs. n. 33/2013, inerenti a:

- a) la sicurezza pubblica e l'ordine pubblico;
- b) la sicurezza nazionale;
- c) la difesa e le questioni militari;
- d) le relazioni internazionali;
- e) la politica e la stabilità finanziaria ed economica dello Stato;
- f) la conduzione di indagini sui reati e il loro perseguimento;
- g) il regolare svolgimento di attività ispettive.

In considerazione del fatto che tali fattispecie risultano di carattere residuale rispetto all'operatività di Pensplan, nell'eventualità in cui si dovessero presentare tali casi, si fa espresso rinvio alle indicazioni contenute nella Delibera ANAC n. 1309/2016 che si intendono qui integralmente richiamate e a cui si fa espresso rinvio per la valutazione di ogni singolo caso dovesse presentarsi.

### **Limiti al diritto di accesso generalizzato derivanti dalla tutela di interessi privati**

Il D.Lgs. n. 33/2013 prevede, all'art. 5-*bis*, comma 2, che l'accesso generalizzato è rifiutato se il diniego è necessario per evitare il pregiudizio concreto alla tutela degli interessi privati specificamente indicati dalla norma e cioè:

- a) protezione dei dati personali, in conformità con la disciplina legislativa in materia;
- b) libertà e segretezza della corrispondenza;
- c) interessi economici e commerciali di una persona fisica o giuridica, ivi compresi proprietà intellettuale, il diritto d'autore e i segreti commerciali.

Di seguito si riportano brevemente le principali indicazioni fornite con Delibera ANAC n. 1309/2016 per la corretta applicazione di tali disposizioni, che si intendono qui integralmente richiamate e a cui si fa espresso rinvio per la valutazione di ogni singolo caso dovesse presentarsi.

#### **a) Limiti derivanti dalla protezione dei dati personali**

La Società deve valutare, nel fornire riscontro motivato, se la conoscenza da parte di chiunque del dato personale richiesto arreca (o possa arrecare) un **pregiudizio concreto alla protezione dei dati personali**, in conformità alla disciplina legislativa in materia. La **ritenuta sussistenza di tale pregiudizio comporta il rigetto dell'istanza, a meno che non si consideri di poterla accogliere, oscurando i dati personali** eventualmente presenti e le altre informazioni che possono consentire l'identificazione, anche indiretta, del soggetto interessato.

Devono essere tenute in considerazione le **motivazioni addotte dal soggetto controinteressato**, che deve essere obbligatoriamente interpellato dalla Società, ai sensi dell'art. 5, comma 5, del D.Lgs. 33/2013, le quali costituiscono un indice della sussistenza di un pregiudizio concreto, la cui valutazione però spetta alla Società e va condotta anche in caso di silenzio del controinteressato, tenendo, altresì, in considerazione gli altri elementi di seguito illustrati.

Le comunicazioni di dati personali nell'ambito del procedimento di accesso civico generalizzato **non devono determinare un'interferenza ingiustificata e sproporzionata nei diritti e libertà delle persone cui si riferiscono** tali dati.

Il richiamo espresso alla disciplina legislativa sulla protezione dei dati personali da parte dell'art. 5-*bis*, comma 2, lett. a), del D.Lgs. 33/2013 comporta, quindi, che nella valutazione del pregiudizio concreto, si

faccia, altresì, riferimento **ai principi generali sul trattamento** e, in particolare, a quelli di **necessità, proporzionalità, pertinenza e non eccedenza**.<sup>3</sup>

Nel dare riscontro alla richiesta di accesso generalizzato, in linea generale, si dovrebbe scegliere le **modalità meno pregiudizievoli per i diritti dell'interessato**, privilegiando l'ostensione di documenti con l'omissione dei «*dati personali*» in esso presenti, laddove l'esigenza informativa, alla base dell'accesso civico generalizzato, possa essere raggiunta senza implicare il trattamento dei dati personali. In tal modo, tra l'altro, si soddisfa anche la finalità di rendere più celere il procedimento relativo alla richiesta di accesso generalizzato, potendo accogliere l'istanza senza dover attivare l'onerosa procedura di coinvolgimento del soggetto «*controinteressato*» (art. 5, comma 5, del D.Lgs. 33/2013).

Ai fini della **valutazione del pregiudizio concreto**, tenuto conto della previsione di cui all'art. 3, comma 1, del D.Lgs. 33/2013, in base alla quale i documenti forniti al richiedente tramite l'accesso civico generalizzato sono considerati come «*pubblici*», **vanno prese in considerazione le conseguenze:**

- **legate alla sfera morale, relazionale e sociale** che potrebbero derivare all'interessato (o ad altre persone alle quali esso è legato da un vincolo affettivo) dalla conoscibilità, da parte di chiunque, del documento richiesto;  
nonché
- **le ragionevoli aspettative** riguardo al trattamento dei propri dati personali al momento in cui questi sono stati raccolti, ad esempio nel caso in cui le predette conseguenze non erano prevedibili al momento della raccolta dei dati.

Per **verificare l'impatto sfavorevole** si deve far riferimento a diversi parametri, tra i quali:

- **la natura dei dati personali** oggetto della richiesta di accesso o contenuti nei documenti ai quali si chiede di accedere;
- **ruolo ricoperto nella vita pubblica**, la funzione pubblica esercitata o l'attività di pubblico interesse svolta dalla persona cui si riferiscono i predetti dati.

Riguardo al **primo profilo**, la presenza di **dati sensibili e/o giudiziari** può rappresentare un indice della sussistenza del predetto pregiudizio, laddove la conoscenza da parte di chiunque che deriverebbe dall'ostensione di tali informazioni - anche in contesti diversi (familiari e/o sociali) - possa essere fonte di discriminazione o foriera di rischi specifici per l'interessato. **In linea di principio, quindi, andrebbe rifiutato l'accesso civico generalizzato a tali informazioni**, potendo invece valutare diversamente, caso per caso, situazioni particolari quali, ad esempio, quelle in cui le predette informazioni siano state deliberatamente rese note dagli interessati, anche attraverso loro comportamenti in pubblico.

---

<sup>3</sup>In conformità alla giurisprudenza della Corte di Giustizia Europea, del Consiglio di Stato, nonché al nuovo quadro normativo in materia di protezione dei dati introdotto dal Regolamento (UE) n. 679/2016.

Analoghe considerazioni possono essere fatte per quelle categorie di dati personali che, in relazione alla natura dei dati o alle modalità del trattamento o agli effetti che può determinare, possano derivare rischi specifici per i diritti e le libertà fondamentali degli interessati (si pensi, ad esempio, ai dati genetici, biometrici, di profilazione, sulla localizzazione o sulla solvibilità economica, di cui agli artt. 17 e 37 del D. Lgs. 30 giugno 2003, n. 196 e, dalla sua entrata in vigore, Regolamento UE 2016/679). Tra gli altri fattori da tenere in considerazione ai fini della valutazione della sussistenza del pregiudizio in esame, merita rilievo anche la circostanza che la richiesta di accesso civico generalizzato riguardi documenti contenenti dati personali di soggetti minori, la cui conoscenza può ostacolare il libero sviluppo della loro personalità, in considerazione della particolare tutela dovuta alle fasce deboli.

Riguardo al secondo profilo, va considerato altresì che la sussistenza di un pregiudizio concreto alla protezione dei dati personali può verificarsi con più probabilità per talune particolari informazioni - come ad esempio situazioni personali, familiari, professionali, patrimoniali - di persone fisiche destinatarie dell'attività o intervenute a vario titolo nella stessa e che, quindi, non ricoprono necessariamente un ruolo nella vita pubblica o non esercitano funzioni pubbliche o attività di pubblico interesse. Ciò anche pensando alle ragionevoli aspettative di confidenzialità degli interessati riguardo a talune informazioni in possesso dei soggetti destinatari delle istanze di accesso civico generalizzato o la non prevedibilità delle conseguenze derivanti a questi ultimi dalla conoscibilità da parte di chiunque di tali dati. Tale ragionevole aspettativa di confidenzialità è un elemento che va valutato in ordine a richieste di accesso civico generalizzato che possono coinvolgere dati personali riferiti a lavoratori o a altri soggetti impiegati a vario titolo presso la Società destinataria della predetta istanza.

#### **b) Libertà e segretezza della corrispondenza**

L'accesso generalizzato è rifiutato se il diniego è necessario per evitare un pregiudizio concreto alla tutela della «*libertà e la segretezza della corrispondenza*» (art. 5, comma 2-bis, D.Lgs. 33/2013).

Si tratta di una esclusione diretta a garantire la libertà costituzionalmente tutelata dall'art. 15 della Costituzione. Tale tutela - che si estende non solo alle **persone fisiche**, ma anche alle **persone giuridiche**, enti, associazioni, comitati ecc.- copre le comunicazioni che hanno carattere confidenziale o si riferiscono alla intimità della vita privata ed è volta a garantire non solo la **segretezza del contenuto** della corrispondenza fra soggetti predeterminati, ma anche la più **ampia libertà di comunicare reciprocamente**, che verrebbe pregiudicata dalla possibilità che soggetti diversi dai destinatari individuati dal mittente possano prendere conoscenza del contenuto della relativa corrispondenza.

La nozione di **corrispondenza va intesa in senso estensivo** a prescindere dal mezzo di trasmissione utilizzato, tenuto conto della diffusione delle nuove tecnologie di comunicazione (telegrafica, telefonica, informatica o telematica, ovvero quella effettuata con ogni altra forma di comunicazione a distanza).

La predetta **nozione di corrispondenza** comprende:

- il **contenuto del messaggio**;
- **file** allegati;
- i **dati esteriori** della comunicazione, quali, ad esempio, l'identità del mittente e del destinatario, l'oggetto, l'ora e la data di spedizione.

**Ai fini delle valutazioni** in ordine all'individuazione dei casi in cui il diniego all'accesso civico generalizzato è necessario per evitare un pregiudizio concreto alla tutela della «*libertà e la segretezza della corrispondenza*», l'ente destinatario dell'istanza di accesso dovrà tenere **in considerazione**:

- la **natura** della corrispondenza;
- le **intenzioni** dei soggetti coinvolti nello scambio della corrispondenza;
- la **legittima aspettativa di confidenzialità** degli interessati ivi compresi eventuali soggetti terzi citati all'interno della comunicazione.

In questa valutazione, poiché l'utilizzo della corrispondenza (posta, e-mail, fax, ecc.) costituisce la modalità ordinaria di comunicazione, non solo tra i diversi enti, ma anche fra questi e i terzi, per la corretta applicazione del limite previsto dall'art. 5, comma 2-*bis*, D.Lgs. 33/2013 non si dovrà necessariamente **escludere l'accesso** a tutte queste comunicazioni ma **soltanto a quelle che, secondo una verifica da operare caso per caso, abbiano effettivamente un carattere confidenziale e privato**<sup>4</sup>.

**c) Interessi economici e commerciali di una persona fisica o giuridica, ivi compresi proprietà intellettuale, il diritto d'autore e i segreti commerciali**

La previsione dell'art. 5-*bis* co.2 lett. c) del D.Lgs. 33/2013 include nella generica definizione di "*interessi economici e commerciali*", senza alcuna pretesa di esaustività, tre specifici ambiti tutelati dall'ordinamento e tutti collegati con l'interesse generale di **garantire il buon funzionamento delle regole del mercato e della libera concorrenza**.

Il termine "**proprietà intellettuale**" indica un sistema di tutela giuridica di beni immateriali, ossia le creazioni intellettuali, aventi anche rilevanza economica: si tratta dei frutti dell'attività creativa e inventiva umana (i.e. le opere artistiche e letterarie, le invenzioni industriali e i modelli di utilità, il design, i marchi).

Al concetto di proprietà intellettuale fanno capo tre grandi aree:

- **diritto d'autore**;

---

<sup>4</sup> Tali caratteristiche, ad esempio, possono essere rinvenute nel caso in cui venga utilizzato l'indirizzo di posta elettronica individuale fornito al personale dall'ente presso il quale svolge la propria attività lavorativa, allorquando l'individualità dell'indirizzo e-mail attribuito al lavoratore e la sua veste esteriore, o altre circostanze del caso, possano essere ritenute tali da determinare una legittima aspettativa di confidenzialità - del mittente, del destinatario o di terzi - rispetto a talune forme di comunicazione (estranee o meno all'attività lavorativa).

- **diritto dei brevetti** (ricompreso nel più ampio concetto di proprietà industriale);
- **del diritto dei marchi** (ricompreso nel più ampio concetto di proprietà industriale).

Al di là della proprietà intellettuale, rientrano tra gli "*interessi economici e commerciali*" quelli sottesi alla produzione documentale di natura economica – commerciale la cui riservatezza risulta protetta dalla comune normativa civilistica in ordine alla disciplina contrattuale ed ai rapporti precontrattuali.

Per i singoli dettagli si fa espresso rinvio alle indicazioni contenute nella Delibera ANAC n. 1309/2016 che si intendono qui integralmente richiamate.

### **La motivazione del diniego o dell'accoglimento della richiesta di accesso**

La Società in caso di risposta negativa o parzialmente tale, sia per i casi di diniego connessi all'esistenza di limiti di cui all'art. 5-*bis*, commi 1 e 2 del D.Lgs. 33/2013 che per le eccezioni di cui al comma 3 del medesimo articolo, è tenuta a una **congrua e completa motivazione**.

La motivazione serve per definire progressivamente:

- proprie linee di condotta ragionevoli e legittime;
- al cittadino per comprendere ampiezza e limiti dell'accesso civico generalizzato;
- al giudice per sindacare adeguatamente le decisioni della Società.

Possono verificarsi circostanze in cui potrebbe essere pregiudizievole dell'interesse coinvolto imporre alla Società anche solo di confermare o negare di essere in possesso di alcuni dati o informazioni (si consideri ad esempio il caso di informazioni su indagini in corso). In tali ipotesi, se si dovesse pretendere che la Società sia tenuta a dare una puntuale indicazione delle ragioni del diniego, ciò potrebbe comportare la rivelazione di informazioni e dati che la normativa ha escluso o limitato dall'accesso per tutelarne la riservatezza (pubblica o privata).

Ove ci si trovi in situazioni del genere, e ove questo non comporti la rivelazione di informazioni protette, è quantomeno opportuno indicare le categorie di interessi pubblici o privati che si intendono tutelare e almeno le fonti normative che prevedono l'esclusione o la limitazione dell'accesso da cui dipende la scelta della Società.

La motivazione è necessaria anche in caso di accoglimento dell'istanza, specie nelle ipotesi in cui la richiesta lambisce diritti di soggetti terzi che, come controinteressati, sono stati coinvolti ai sensi dell'art. 5 comma 5 del D.Lgs. 33/2013, ed in particolare quando l'accoglimento è adottato nonostante l'opposizione del controinteressato.

**ANTRAG AUF „EINFACHEN“ BÜRGERZUGANG**

An den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz von Pensplan Centrum AG  
Raingasse 26- 39100 Bozen

E-Mail Pec: [anticorruzione.trasparenza@pec.pensplan.com](mailto:anticorruzione.trasparenza@pec.pensplan.com)

E-Mail: [respanticorruzione@pensplan.com](mailto:respanticorruzione@pensplan.com)

**ANTRAG AUF BÜRGERZUGANG**  
(Art. 5 des GvD Nr. 33 vom 14. März 2013)

Der/Die Unterfertigte \_\_\_\_\_ geboren in \_\_\_\_\_  
am \_\_\_\_ / \_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ wohnhaft in (Adresse) \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_ PROV ( \_\_\_\_\_ )

E-mail \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

ERSUCHT

aufgrund

der Nichtveröffentlichung

oder

der nur teilweisen Veröffentlichung folgender gesetzlich vorgeschriebenen  
Dokumente/Informationen/Daten, auf der Webseite [www.pensplan.com](http://www.pensplan.com): [1]

---

---



## Informationsblatt betreffend die Verarbeitung der mit dem Ansuchen übermittelten Daten

Artikel 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679 zum Datenschutz (in der Folge „DSGVO“)

### *1. Zweck der Datenverarbeitung*

Die persönlichen Daten, die Sie übermittelt haben, werden von der Pensplan Centrum AG und vom Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz für die folgenden Zwecke verarbeitet:

- a. Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen laut Gesetz Nr. 190/2012 und GvD Nr. 33/2013

### *2. Bereitstellung der Daten (verpflichtend oder freiwillig)*

Die Bereitstellung der persönlichen Daten ist verpflichtend, da ohne diese es nicht möglich ist, das genannte Verfahren einzuleiten, das Sie mit Ihrem Ansuchen um Bürgerzugang beantragen und mit der entsprechenden Maßnahme dann abzuschließen.

### *3. Kategorien von Personen, an denen die Daten übermittelt werden können bzw. Verantwortliche oder zur Verarbeitung der Daten ermächtigte Personen, die davon Kenntnis erlangen können*

Bedienstete und Mitarbeiter (auch externe), sowie all jene, die Dienstleistungen für die oben beschriebenen Zwecke (wie beispielsweise technische Dienste) liefern, können Kenntnis der persönlichen Daten Diese handeln, als Verantwortliche oder Ermächtigte für die Verarbeitung dieser Daten. Personenbezogene Daten dürfen an andere öffentliche und/oder private Subjekte nur aufgrund einer Gesetzesbestimmung oder einer anderweitigen Verordnung, die dies vorsieht, weitergegeben werden.

### *4. Aufbewahrungsfristen der Daten*

Für die Verfolgung der genannten Zwecke werden Ihre persönlichen Daten für die Dauer der Beziehungen in Bezug auf den Bürgerzugang und für die von den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen vorgesehene Dauer aufbewahrt.

### *5. Rechte des Interessierten*

Dem/Der Interessierten stehen die Rechte gemäß Abschnitt III der DSGVO zu. Insbesondere kann er/sie den Zugang zu den eigenen Daten, eine Kopie, die Änderung oder Ergänzung der Daten, falls diese falsch oder unvollständig sind, die Löschung oder die Beschränkung der Verarbeitung, falls die Voraussetzungen dafür gegeben sind, beantragen. Er/sie kann die Übertragbarkeit der übermittelten Daten verlangen, falls sie in automatisierter Weise auf der Grundlage von der eigenen Zustimmung oder für die Erfüllung des Vertrags verarbeitet sind oder sich bei persönlichen Gründen der Verarbeitung der Daten widersetzen. Er/sie kann zudem sein/ihr Einverständnis für die Verarbeitung der persönlichen Daten widerrufen, falls die Datenverarbeitung auf seinem/ihrem Einverständnis fußt. Schließlich hat er/sie das Recht, Beschwerde beim Garanten für den Datenschutz einreichen, falls er/sie der Ansicht ist, dass seine/ihre Rechte bei der Verarbeitung seinen persönlichen Daten verletzt wurden.

### *6. Inhaber der Verarbeitung und Verantwortlicher des Datenschutzes*

Inhaber der Daten ist die Gesellschaft Pensplan Centrum AG mit Sitz in der Raingasse 26 – I-39100 Bozen. Für Anfragen oder Fragen zur Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten können Sie sich an den Datenschutzbeauftragten am Sitz der Gesellschaft in der Raingasse 26, 39100 Bozen wenden. Telefonisch erreichen Sie den Datenschutzbeauftragten unter der Nummer 0471 317659, per E-Mail unter [rpdpcc@pensplan.com](mailto:rpdpcc@pensplan.com) bzw. unter der zertifizierten E-Mail-Adresse (PEC) [privacy@pec.pensplan.com](mailto:privacy@pec.pensplan.com).

Das Verzeichnis mit allen zur Datenverarbeitung beauftragten Personen wird laufend aktualisiert und liegt beim Hauptbereich IT und Softwareentwicklung der Pensplan Centrum AG auf.

**ANTRAG AUF „ALLGEMEINEN“ BÜRGERZUGANG**

An den Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz von Pensplan Centrum AG  
Raingasse 26- 39100 Bozen

E-Mail Pec: [anticorruzione.trasparenza@pec.pensplan.com](mailto:anticorruzione.trasparenza@pec.pensplan.com)

E-Mail: [respanticorruzione@pensplan.com](mailto:respanticorruzione@pensplan.com)

**ANTRAG AUF BÜRGERZUGANG**  
(Art. 5 des GvD Nr. 33 vom 14. März 2013)

Der/Die Unterfertigte \_\_\_\_\_ geboren in \_\_\_\_\_  
am \_\_\_\_ / \_\_\_\_ / \_\_\_\_\_ wohnhaft in (Adresse) \_\_\_\_\_ Nr. \_\_\_\_\_ PROV ( \_\_\_\_\_ )

E-mail \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_

beantragt

[ ] den Zugang zu Dokumenten bei der Pensplan Centrum AG, zusätzlich zu jenen welche gemäß Dekret Nr. 33/2013 veröffentlicht werden müssen, unter Beachtung der Grenzen bezüglich des Schutzes der rechtlich relevanten Interessen gemäß Artikel 5-bis (Art. 5, Komma 2, GvD Nr. 33/2013).

ERSUCHT

Gemäss Art. 5, des GvD Nr. 33 vom 14. März 2013, die Übermittlung an den/die Unterfertigten der folgenden Dokumente: [1]

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Adresse für die Übermittlung oder eventuelle Mitteilungen:

\_\_\_\_\_ [2]

Ort \_\_\_\_\_ und Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

(Es wird die Identitätskarte beigelegt)

[1] Geben Sie die Dokumente/Informationen/Angaben (ohne Verpflichtung zur Veröffentlichung) an, zu übermitteln.

[2] Geben Sie Ihre Adresse des Wohnsitzes/des Domizils oder eine E-Mail-Adresse, eine zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) für die Beantwortung auf den Antrag an. Der Antrag muss mittels Einschreiben mit Rückantwort, E-Mail oder zertifizierte E-Mail-Adresse (PEC) geschickt werden.

## **Informationsblatt betreffend die Verarbeitung der mit dem Ansuchen übermittelten Daten**

Artikel 13 und 14 der EU-Verordnung 2016/679 zum Datenschutz (in der Folge „DSGVO“)

### **1. Zweck der Datenverarbeitung**

Die persönlichen Daten, die Sie übermittelt haben, werden von der Pensplan Centrum AG und vom Verantwortlichen für die Vorbeugung der Korruption und Transparenz für die folgenden Zwecke verarbeitet:

- b. Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen laut Gesetz Nr. 190/2012 und GvD Nr. 33/2013

### **2. Bereitstellung der Daten (verpflichtend oder freiwillig)**

Die Bereitstellung der persönlichen Daten ist verpflichtend, da ohne diese es nicht möglich ist, das genannte Verfahren einzuleiten, das Sie mit Ihrem Ansuchen um Bürgerzugang beantragen und mit der entsprechenden Maßnahme dann abzuschließen.

### **3. Kategorien von Personen, an denen die Daten übermittelt werden können bzw. Verantwortliche oder zur Verarbeitung der Daten ermächtigte Personen, die davon Kenntnis erlangen können**

Bedienstete und Mitarbeiter (auch externe), sowie all jene, die Dienstleistungen für die oben beschriebenen Zwecke (wie beispielsweise technische Dienste) liefern, können Kenntnis der persönlichen Daten Diese handeln, als Verantwortliche oder Ermächtigte für die Verarbeitung dieser Daten. Personenbezogene Daten dürfen an andere öffentliche und/oder private Subjekte nur aufgrund einer Gesetzesbestimmung oder einer anderweitigen Verordnung, die dies vorsieht, weitergegeben werden.

### **4. Aufbewahrungsfristen der Daten**

Für die Verfolgung der genannten Zwecke werden Ihre persönlichen Daten für die Dauer der Beziehungen in Bezug auf den Bürgerzugang und für die von den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen vorgesehene Dauer aufbewahrt.

### **5. Rechte des Interessierten**

Dem/Der Interessierten stehen die Rechte gemäß Abschnitt III der DSGVO zu. Insbesondere kann er/sie den Zugang zu den eigenen Daten, eine Kopie, die Änderung oder Ergänzung der Daten, falls diese falsch oder unvollständig sind, die Löschung oder die Beschränkung der Verarbeitung, falls die Voraussetzungen dafür gegeben sind, beantragen. Er/sie kann die Übertragbarkeit der übermittelten Daten verlangen, falls sie in automatisierter Weise auf der Grundlage von der eigenen Zustimmung oder für die Erfüllung des Vertrags verarbeitet sind oder sich bei persönlichen Gründen der Verarbeitung der Daten widersetzen. Er/sie kann zudem sein/ihr Einverständnis für die Verarbeitung der persönlichen Daten widerrufen, falls die Datenverarbeitung auf seinem/ihrem Einverständnis fußt. Schließlich hat er/sie das Recht, Beschwerde beim Garanten für den Datenschutz einreichen, falls er/sie der Ansicht ist, dass seine/ihre Rechte bei der Verarbeitung seinen persönlichen Daten verletzt wurden.

### **6. Inhaber der Verarbeitung und Verantwortlicher des Datenschutzes**

Inhaber der Daten ist die Gesellschaft Pensplan Centrum AG mit Sitz in der Raingasse 26 – I-39100 Bozen. Für Anfragen oder Fragen zur Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten können Sie sich an den Datenschutzbeauftragten am Sitz der Gesellschaft in der Raingasse 26, 39100 Bozen wenden. Telefonisch erreichen Sie den Datenschutzbeauftragten unter der Nummer 0471 317659, per E-Mail unter [rpd.ppc@pensplan.com](mailto:rpd.ppc@pensplan.com) bzw. unter der zertifizierten E-Mail-Adresse (PEC) [privacy@pec.pensplan.com](mailto:privacy@pec.pensplan.com).

Das Verzeichnis mit allen zur Datenverarbeitung beauftragten Personen wird laufend aktualisiert und liegt beim Hauptbereich IT und Softwareentwicklung der Pensplan Centrum AG auf.